

Liechtenstein und USA unterzeichnen Fatca



Vertragswerk besiegelt: Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler (rechts) und der Chargé d'Affaires der USA für Liechtenstein, Jeffrey R. Cellars, unterzeichneten das Abkommen gestern in Vaduz.

Bild pd

Liechtenstein und die USA haben gestern in Vaduz das sogenannte Fatca-Abkommen unterzeichnet. Die USA verpflichten damit die Banken im Fürstentum, die Konten von US-Bürgern zu melden.

Vaduz. – Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler und der US-Botschaftsmitarbeiter Jeffrey R. Cellars unterzeichneten das Abkommen. Zur Umsetzung des Fatca-Abkommens soll das Liechtensteiner Parlament, der Landtag, noch in diesem Jahr ein Umsetzungsgesetz behandeln, wie die Regierung in Vaduz gestern mitteilte. Mit dem Abkommen sei für die Dienstleister auf dem liechtensteinischen Finanzplatz der Zugang zum US-amerikanischen Markt weiter gewährleistet, schrieb die Exekutive.

Schweiz zieht mit

Das Schweizer Parlament genehmigte das Fatca-Abkommen bereits im vergangenen Herbst. Damit wollen die USA erreichen, dass die im Ausland

gehaltenen Konten von Personen, die in den USA steuerpflichtig sind, besteuert werden können. Das Abkommen verlangt von Finanzinstituten, dass sie den US-Steuerbehörden Informationen über US-Konten weitergeben oder eine hohe Steuer erheben.

Banken begrüßen Abkommen

Der Liechtensteinische Bankenverband begrüsst den Abschluss des Abkommens. «Dies ist ein wichtiger Meilenstein in der Steuerstrategie des Landes und bringt Rechtssicherheit im Umgang mit den US-Kunden», schrieb der Bankenverband in einer Mitteilung. Das Abkommen enthalte ausserdem zahlreiche bilaterale Erleichterungen gegenüber den ursprünglich geplanten Vorschriften.

Zudem soll das Abkommen die Grundlage für den globalen Standard zum automatischen Informationsaustausch bilden. Dieser Standard wird derzeit von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitet. Daher komme dem Abkommen eine grosse Bedeutung zu – sowohl in regulato-

rischer als auch in praktischer Hinsicht. «Mit dem nunmehr unterzeichneten Abkommen ist sichergestellt, dass die hiesigen Institute weiterhin am US-Kapitalmarkt teilnehmen und US-Personen auf rechtssicherer Basis betreuen können», wird Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbands, in der Mitteilung zitiert. Ausserdem würden liechtensteinische Strukturen steuerlich anerkannt und deren Behandlung klar geregelt. Das Abkommen bringe somit Rechtssicherheit in der grenzüberschreitenden Besteuerung zwischen den beiden Ländern.

Alle Intermediäre gefordert

Die Banken seien auf die neuen Vorschriften vorbereitet, schreibt der Verband. Dennoch würden die Intermediäre bei der Implementierung gefordert sein. Darüber hinaus seien nicht nur die Banken von den neuen Vorschriften betroffen, sondern unter anderem auch Treuhänder und Versicherungsgesellschaften. Aber auch der Gesetzgeber und die Steuerverwaltung müssten sich intensiv mit der Implementierung auseinandersetzen. (wr)